

Buchbinder-Zeitung

Organ des Verbandes der Buchbinder und Papierverarbeiter

Nummer 21

Erscheint Sonntags. Bezugspreis vierteljährlich 600.—, — ohne Postgebühren. Nur Postbezug. Bestellung bei allen Postämtern.

Berlin, den 20. Mai 1923

Verlag: Berlin A. 2, Dreifelderstr. 49 IV. Verantw.: Beirum 272. Einzelne werden nicht aufgenommen.

39. Jahrgang

Am 20. Mai ist der 21. Wochenbeitrag fällig. Nach § 7 Abs. 1 des Statuts ist der Beitrag nicht nachträglich, sondern im Voraus zu entrichten.

Von der pünktlichen Beitragszahlung hängt ebensoviel die geregelte Tätigkeit der Organisation als auch das Recht des Mitglieds auf Unterstützung im Bedarfsfalle ab. Jedes Mitglied erfüllt daher eine Pflicht gegen den Verband und müht sich selbst, wenn es seine Beiträge regelmäßig und pünktlich bezahlt.

Bekanntmachung des Verbandsvorstandes.

1. Erhöhte Beitragsleistung. Die bereits eingetretene Erhöhung der reichsstatistischen Stundenlöhne erfordert die Anfügung höherer Beitragsklassen. Wir fügen daher den in den Nummern 7 und 9 der „Buchbinder-Zeitung“ veröffentlichten Beitragsfähigen für die Beitragsklassen 4 bis 60 nachstehend solche für die 61. bis 65. Beitragsklasse an.

Beitragsklasse	in dem Stundenlohn	Beitrag pro Woche
60	über 1500—1525 M.	1585 M.
61	1525—1600 „	1700 „
62	1600—1700 „	1800 „
63	1700—1800 „	1900 „
64	1800—1900 „	2000 „
65	1900 „	2100 „

Mit der 21. Beitragswoche — das ist die Woche vom 20. bis 26. Mai — hat, dem höheren Stundenverdienst entsprechend, ein Austrücken aller Mitglieder in die ihrem Stundenlohn entsprechenden höheren Beitragsklassen zu erfolgen.

Die Gau- und Ortsverwaltungen haben darauf zu achten, daß alle Mitglieder in die ihrem Stundenlohn entsprechenden höheren Beitragsklassen aufrücken. Solche Mitglieder, die dem nicht nachkommen, schädigen sich selbst, da die Zugehörigkeit zu einer den tatsächlichen Verdienst nicht entsprechenden Beitragsklasse eine Verminderung der für den Bezug der Unterstützungen erworbenen Rechte zur Folge haben muß.

Bei der Festlegung des Wochenbeitrages ist zu beachten, daß in den veröffentlichten Beitragsfähigen der Lokalbeitrag nicht enthalten ist.

2. Beitragsmarken der Klassen 61 bis 65 gehen allen Gauverwaltungen und den Zahlstellen zu, die in den Ortsklassenverzeichnissen unter I und II aufgeführt sind. Von den übrigen Zahlstellen sind bei etwaigem Bedarf diese Beitragsmarken anzufordern.

Der Verbandsvorstand.

Unsere letzten Lohnverhandlungen.

In den Tagen vom 2. bis 7. Mai wurde zwischen dem Tarifausschuß unseres Verbandes und Vertretern des Arbeitgeberverbandes der Etuis- und Kartonnagen-Industrie in Eisenach Verhandlungen geführt zum Zwecke des Abschlusses eines neuen Reichstarifes.

Aus allen Gauen des Reiches waren zahlreiche Anträge gestellt, um die bisherigen Mantelbestimmungen für unsere Mitglieder günstiger zu gestalten.

Die größte Zahl der von uns den Arbeitgebern unterbreiteten Anträge gingen jedoch darauf hinaus, das Ortsklassenverzeichnis den Zeitverhältnissen entsprechend umzugestalten. Neben diesen den Mantelvertrag berührenden Anträgen waren aber auch in Rücksicht auf die in den letzten Wochen wiederum gestiegenen Preise für Lebensmittel und Bedarfsartikel unsererseits Anträge auf Erhöhung der Löhne gestellt. Wir forderten eine Erhöhung der Spitzenlöhne um 30 Proz. Nach den jüngeren Altersklassen zu eine Erhöhung von 40 Proz., weil dort unsere Lohnsätze gegenüber anderen Tarifen zurückgeblieben sind. Daneben wurde für das besetzte Gebiet sowie für Hamburg und Frankfurt a. M. eine Sonderzulage von 20 Proz. verlangt.

Die beiden ersten Verhandlungstage wurden vollkommen ausgefüllt durch die Lohnverhandlungen, die sich außerordentlich schwierig gestalteten. Die Arbeitgeber verwiesen darauf, daß die geradezu trostlose Lage der Industrie eine weitere Erhöhung der Löhne unmöglich mache, denn auch eine geringe Lohn-erhöhung müsse unweigerlich eine weitere Verminderung der Absatzmöglichkeit mit sich bringen, was letzten Endes dazu führen müsse, daß in noch größerem Umfange verkürzt gearbeitet werden müsse und schließlich weitere Entlassungen von Arbeitskräften nicht zu umgehen seien. Von unseren Vertretern wurde demgegenüber darauf hingewiesen, daß auch der schlechte Geschäftsgang und die angefüllte weitere Einschränkung der Betriebe ein Zurückbleiben der Löhne gegenüber den anderen Berufen keineswegs zulasse, um so weniger, als doch tatsächlich die Löhne in der Etuis- und Kartonnagenindustrie sehr aufbesserungsbedürftig seien. Man einigte sich schließlich dahin, die Lohnsätze in der Weise zu erhöhen, wie wir bereits in Nr. 20 der Buchbinder-Zeitung berichtet haben.

Die übrigen Verhandlungstage wurden ausgefüllt mit Beratungen über die Neugestaltung des Mantelvertrages und des Ortsklassenverzeichnisses. Auch bezüglich des Mantelvertrages glaubten die Arbeitgeber jedes Zugeständnis in bezug auf Verbesserung ablehnen zu müssen. Sie verwiesen darauf, daß die an sich schon hohen unproduktiven Lasten der Betriebe unter gar keinen Umständen eine weitere Erhöhung erfahren dürften. Es müsse viel mehr darauf gesehen werden, daß diese unproduktiven Lasten eine Verringerung erfahren. Mit Nachdruck forderten die Arbeitgeber in bezug auf die Arbeitszeit die restlose Durchführung der 48-Stunden-Woche. Mit aller Schärfe wehrten sich unsere Vertreter dagegen, daß der Mantelvertrag verschlechtert werde. Sie verwiesen ferner darauf, daß die Ziffern des Vertrags, beispielsweise bei den Spezialarbeitern und Spezialarbeiterinnen, den heutigen Geldverhältnissen nicht mehr entsprechen und diese Beträge unmöglich in einen neuen Vertrag übernommen werden könnten. Das Gesamtergebnis der Beratung war schließlich eine unveränderte Verlängerung aller Manteltarif-Bestimmungen mit Ausnahme derjenigen Ziffern, die infolge der Geldentwertung eine Umänderung erfahren mußten. Auch darüber haben wir bereits in Nr. 20 der Buchbinder-Zeitung berichtet.

Der heftigste Streit entspann sich über unsere Anträge in bezug auf die Umänderung des Ortsklassenverzeichnisses. Von Arbeitgeberseite wurde erklärt, daß man auf die von uns gestellten Anträge unter keinen Umständen eingehe, denn alle diese Anträge liefen letzten Endes darauf hinaus, sämtliche

Orte nach oben zu verschieben. Einen solchen Vertrag aber, der eine derartige Umgestaltung erfährt, müßten sie ablehnen, komme was da wolle. In Plenarverhandlungen und Kommissionsberatungen wurde seitens unserer Vertreter mit aller Energie versucht, den nach unserem Dafürhalten berechtigten Forderungen der einzelnen Zahlstellen gerecht zu werden. Leider sind auch diese unsere Bemühungen bisher leider nur von sehr geringem Erfolg gewesen. Der geradezu unverständliche Widerstand seitens der Arbeitgeber zwang den Tarifausschuß schließlich dazu, zunächst einmal einer Vertagung der strittigen Punkte das Wort zu reden. Die abzuschließenden Verhandlungen sollen einer gemeinschaftlichen Vereinbarung gemäß in diesen Tagen geführt werden. Das Resultat der Ortsklassenverhandlungen werden wir dann in der nächsten Nummer der Buchbinder-Zeitung bekanntgeben können.

Nicht unerwähnt möchten wir bei dieser Gelegenheit lassen, daß uns am Schluß der Verhandlungen von Seiten der Arbeitgeber angefüllt wurde, zu künftig würden die beiden Gruppen Etuis- und Kartonnagen-Industrie nicht mehr wie bisher mit uns gemeinschaftliche Lohnverhandlungen führen. Man sei sich auf Arbeitgeberseite dahin übereingekommen, getrennte Lohnabkommen mit uns abzuschließen. Selten unserer Vertreter wurde diese Mitteilung zur Kenntnis genommen. Welche praktischen Auswirkungen diese Maßnahme mit sich bringen wird, dürfte sich ja sehr bald zeigen.

Während der Verhandlungen mit den Vertretern der Etuis- und Kartonnagen-Industrie mußte eine Abordnung des Tarifausschusses am 5. Mai in Eisenach mit den Vertretern des APl Verhandlungen führen zum Zwecke des Abschlusses eines neuen Lohnabkommens für die unter dem Reichstarif für das deutsche Buchbindergewerbe arbeitenden Berufsangehörigen. Bei dieser Gruppe gelang es im Gegensatz zu früher in verhältnismäßig kurzer Zeit zu einem Ergebnis zu kommen, wonach sämtliche Lohnsätze eine 15proz. Lohnerhöhung erfahren. Die neue Lohnabelle haben wir ebenfalls in Nr. 20 der Buchbinder-Zeitung zum Abdruck gebracht.

Am Sonntag, dem 6. Mai, wurden sodann von einer weiteren Gruppe unseres Tarifausschusses ebenfalls in Eisenach Verhandlungen für die Läten- und Beutel-Industrie geführt, die zu dem Ergebnis führten, daß diese Löhne durchweg um 15 Proz. gesteigert wurden.

Eine kleinere Abordnung des Tarifausschusses führte dann zum Schluß noch am 8. Mai in Leipzig Verhandlungen mit dem Verband Deutscher Buchbindereibesitzer. Auch diese Verhandlungen führten sehr rasch zu dem Ergebnis, daß die Lohnsätze dieses Vertrags eine 15proz. Steigerung erfahren. Das zahlenmäßige Ergebnis bringen wir in dem amseitigen Abkommen.

Bei dieser Gruppe wurde schließlich heftig gestritten um die Dauer des Tarifvertrages. Der VdB. forderte eine vierwöchige Dauer, während unsere Vertreter in Rücksicht auf die vorhergegangenen Abschlüsse glaubten nur drei Wochen zugestehen zu können.

Die Arbeitgebervertreter erklärten sich letzten Endes schließlich bereit, sich mit der dreiwöchigen Vertragsdauer abzufinden.

2. Lohnabkommen für die Betriebe des Verbandes Deutscher Buchbindereibesitzer

Abgeschlossen am 8. Mai 1923 in Leipzig.

Zwischen dem Verband Deutscher Buchbindereibesitzer und der unterzeichneten Gewerkschaft wird folgendes vereinbart:

- Die reichsstatistischen Stundenlöhne für das deutsche Buchbindergewerbe werden für die Firmen des V.D.B. ab 10. Mai 1923 um 15 Proz. erhöht, so daß sich die aus der Anlage ersichtlichen Stundenlöhne ergeben.
- Der prozentuale Zuschlag zum Reichsaffortariff beträgt ab 10. Mai 1923 35,970 Proz.
- Dieses Abkommen kann erstmalig mit achtjähriger Kündigungsfrist zum 30. Mai gekündigt werden. Erfolgt

keine Kündigung, so läuft es mit achtjähriger Kündigung weiter.

Leipzig, den 8. Mai 1923.

Verband Deutscher Buchbindereibesitzer:
gez.: Kurt Spetling.

Verband der Buchbinder und Papierverarbeiter:
gez.: Hauwisen.

Graphischer Zentralverband: gez. Josef Scherer.

Lohntarif.

Orts- klasse	I. Gehilfen										II. Arbeiterinnen								
	ledig					verheiratet					ungeübte			geübte					
	1a	1b	1c	1d	1e	2c	2d	2e	2f	unter 16 J	über 16 J	über 16 Jahre	1a	1b	1c				
I.	952	1160	1270	1346	1441	1527	1447	1471	1542	1615	435	544	542	682	781	879	968		
II.	920	1116	1295	1305	1392	1474	1408	1426	1495	1567	414	500	495	633	730	817	937		
III.	860	1065	1174	1251	1337	1421	1349	1367	1444	1503	390	469	466	593	682	782	890		
IV.	897	1022	1134	1204	1288	1362	1289	1321	1393	1452	374	432	425	573	665	748	863		
V.	801	974	1082	1157	1235	1314	1236	1260	1333	1389	355	416	413	545	619	716	827		
VI.	764	928	1034	1098	1172	1249	1179	1202	1266	1321	339	397	391	506	595	678	787		

Neues Lohnabkommen für die Wellpappenindustrie.

Im Anschluß an die Lohnverhandlungen in mehreren anderen Branchen haben solche am 8. Mai auch für die Wellpappenindustrie stattgefunden. Unter Hinweis auf den nicht gerade günstigen Beschäftigungsgrad setzen die Arbeitgeber den Anforderungen der Arbeitnehmervertreter bestigen Widerstand entgegen. Erst nach langem Hin und Her kam ein neues Lohnabkommen zustande, aus dem wir nachstehend die hauptsächlichsten Bestimmungen wiedergeben:

Stundenlöhne für die Wellpappenindustrie in der Zeit vom 3. bis 30. Mai 1923.

Arbeiter	Ortsklasse				
	I	II	IIIa	IIIb	IV
a) 14-16 Jahre	451	429	413	375	355
b) 16-18	663	661	636	577	545
c) 18-20	945	943	905	823	778
d) 20-23	1339	1337	1282	1165	1098
e) über 23 Jahre	1575	1573	1509	1372	1293

Arbeiterinnen	Ortsklasse				
	I	II	IIIa	IIIb	IV
a) 14-16 Jahre	351	329	307	287	271
b) 16-18	508	505	472	440	416
c) 18-20	725	722	673	629	594
d) über 20 Jahre	1005	1004	935	873	825

Die Zulagen für die Befestigen und für diejenigen Orte, die von den Reichs- und Staatsbehörden wie das Einbruchgebiet behandelt werden, bleiben in der bisherigen absoluten Höhe bestehen. Sie betragen also in der Spitze 140 Mt. für die Stunde.

Bei Veränderungen der Lebenshaltungskosten, welche die Einhaltung der vereinbarten Löhne als unmöglich erscheinen lassen, ist jede Partei berechtigt, eine Nachprüfung zu verlangen, jedoch frühestens mit Wirkung vom 24. Mai ab.

Deutschlands Ernährungsdefizit.

Als die Regierung den Spekulanten, die frenetisch auf den Zusammenbruch Deutschlands im Ruhrgebiet spekulierten, in die Arme fiel, erklärten die Unternehmer, und die Regierung tat es ihnen nach, daß von weiteren Lohnerhöhungen keine Rede sein könne. Der Dollar war auf 20 000 „geunken“, sollte auf diesen Stand „stabilisiert“ werden, folglich dürften keine Lohnerhöhungen mehr vorgenommen werden.

Die Unternehmer blieben also auf ihren Sachwerten, Ubergewinnen, Devisen und Dollarpreisen sitzen und forderten von den Arbeitern, daß sie sich mit ihren Papiermarktlöhnen begnügten. Das war die sogenannte Marktstabilisierung. Heute muß man davon ja schon in der Vergangenheit sprechen.

Der Dollar hat sich inzwischen auf 40 000 „stabilisiert“ und man braucht kein Prophet zu sein, um vorauszuweisen, daß er sich bei der Wirtschaftspolitik der Regierung noch weiter in die Höhe „stabilisieren“ wird. Die Papiermarktlöhne der Arbeiter und Angestellten werden sich noch mehr entwertet, die aus der wachsenden Distanz zwischen Papiermark und Dollar entstehenden Ubergewinne der Unternehmer werden noch mehr steigen. Nichtsdestoweniger erklären diese die Lage noch für zu „unübersehlich“, um Lohnerhöhungen, die ja längst keine mehr sind, zuzugestehen. Soweit Ausgleichszahlungen zugestanden werden, beschränken sie sich auf 5 bis 15 Proz.

Diese systematische Reduzierung der Löhne, dieser mit Hilfe der Dollarpreise vorgenommenen Lohnabbau hat uns bereits in eine Wirtschaftskrise hineingeführt, die ohne Beispiel ist. Die Spekulationspolitik der Unternehmer muß unweigerlich zu einem Zusammenbruch der Wirtschaft führen, wenn ihr jetzt nicht endlich einmal Einhalt geboten wird.

Die Spekulationspolitik der Unternehmer, ihre Sabotierung aller den Besitz belassenden Steuern und Abgaben, ihre Hintertreibung jeder vernünftigen Lösung der Reparationsfrage und der gegenwärtigen Zustände am Rhein und an der Ruhr, ihre Verhinderung jeden Versuchs, den deutschen Reichshaushalt und somit auch die deutsche Währung auf einen normalen Stand zu bringen — dies hat kein anderer als der Reichsbankpräsident Haeftenstein bestätigt —, stürzt Deutschland nicht nur in den Abgrund, sondern macht den gesunden deutschen Volksstand krank und siech. Schon ist es Millionen von deutschen Volksgenossen nicht mehr möglich, sich den zur Ernährung notwendigen Bedarf an Lebensmitteln zu beschaffen, vom Bedarf an Kleidung und anderen Bedarfsartikeln ist überhaupt keine Rede mehr. Diese Behauptung ist nicht etwa, wie man so gerne sagt, eine sozialistische Erfindung, sondern kann jederzeit

mit amtlichem Material belegt werden. Außerdem aber verspürt es jeder am eigenen Leibe. Die hochwertigen Lebensmittel sind zu Luxuswaren geworden, die sich die Arbeiterschaft und die noch mehr verarmten Kleinrentner nicht mehr leisten können.

In den statistischen Berechnungen des Verbrauchs wichtiger Nahrungsmittel kommt diese Tatsache unbestreitbar zum Ausdruck. Vor dem Kriege wurden pro Kopf der Bevölkerung 2,48 Kilogramm Eier eingeführt. 1922 hatten wir einen Uberschuß der Ausfuhr über die Einfuhr an Eiern. Der Einfuhrüberschuß von Butter ist von 0,8 Kilogramm auf 0,01 Kilogramm, also den 80. Teil, gesunken. Die Einfuhr von lebendem Vieh ist auf weniger als ein Fünftel zurückgegangen. Kaufunfähig infolge des Niederganges der Mark, war das deutsche Volk außerstande, seine Fleischversorgung durch Zufuhren aus dem Auslande zu ergänzen.

Dem entspricht auch die Fleischversorgung, wenn man sie nach dem Schlachtgewicht der beschlachten Schlachtungen vor und nach dem Kriege berechnet. Es kamen da im Bereich der neuen Reichsgrenzen folgende Fleischmengen in den Verbrauch:

	1913	1921	1922
	Dztr.	Dztr.	Dztr.
Rindfleisch . . .	8 045 930	6 136 608	6 388 610
Kalb- und Lammfleisch . . .	1 481 014	1 212 267	1 251 038
Schweinefleisch . . .	3 919 211	5 664 552	5 740 890
Hammelfleisch . . .	432 716	460 319	389 269
zusammen	23 878 871	13 473 746	13 769 807

Gegenüber dem Jahre 1913 ergibt sich somit im Jahre 1922 insgesamt ein Ausfall von 10 109 064 Doppelzentner oder 42 vom Hundert der Fleischmengen, die in der Vorkriegszeit zur Verfügung standen. Der Gesamtschlachtverbrauch aus Einfuhrüberschuß, beschlachten und anderen Schlachtungen betrug in Preußen auf den Kopf der Bevölkerung im Jahre 1921 nur noch 33,1 Kilogramm gegen 49,0 Kilogramm im Jahre 1913 und weist damit eine Abnahme um 15,9 Kilogramm oder 32,5 vom Hundert auf. Dabei ist zu berücksichtigen, daß der Anteil des Fleischverbrauchs auf dem Lande gegen die Zeit vor dem Kriege wesentlich gestiegen ist. In den Städten mit überwiegend Arbeiterbevölkerung dürfte demnach der Fleischverbrauch auf weniger als die Hälfte gesunken sein.

Auch der Verbrauch an Mehl ist wesentlich zurückgegangen. Vor dem Kriege standen an Brotgetreide 0,3 Millionen Tonnen und etwa 6,5 Millionen Tonnen Weizen und Spelz zur Verfügung. Im Jahre 1921 aber waren nur 6,3 Millionen Tonnen Roggen und 4,8 Millionen Tonnen Weizen und Spelz nach den statistischen Ermittlungen verfügbar.

Das deutsche Volk verbrauchte also 27 vom Hundert mihin über ein Viertel allein an dem wichtigsten Nahrungsmittel, dem Brot, weniger als im Jahre 1913/14. Noch ungünstiger ist das Bild bei Kartoffeln, deren Verbrauch von 1913 auf 1921/22 sogar um 51 vom Hundert zurückgegangen ist. Hier ist allerdings zu berücksichtigen, daß das Jahr 1922 eine wesentlich bessere Ernte gebracht hat, daß aber auf der anderen Seite infolge der zurückgehenden Einfuhr von Futtermitteln der Verbrauch von Kartoffeln für die tierische Ernährung, der der Bevölkerung zu einem wesentlichen Teil verlorengeht, erheblich zugenommen hat.

Diese wenigen Tatsachen könnten noch beliebig weiter ergänzt und vermehrt werden, doch sie genügen.

Der Preussische Landtag

Ist in den letzten Tagen der Schlußpunkt noch nie dagewesener wilder Erregung gewesen, welche die deutsche Arbeiterschaft nur auf das tiefste bedauern kann. Anlässlich der Besprechung über Vorkommnisse bei den mitteldeutschen Unruhen von 1921 haben die kommunistischen Vertreter in der unflätigsten Weise die sozialdemokratischen Abgeordneten beschimpft und berart gereizt, daß diese sich leider zu Tätlichkeiten hinreichend ließen. Durch das weitere standesmäßige Verhalten der kommunistischen Vertreter zogen diese sich schließlich fast alle die gemaltene Entfernung aus dem Sitzungssaal und Ausschluß auf einige Tage zu. Dieses Vorkommnis benutzte die kommunistische Partei und ihre Presse zu einer wilden Hege gegen die sozialdemokratische Partei im allgemeinen und die sozialdemokratische Landtagsfraktion im besonderen. Leider haben in einigen Fällen auch sozialdemokratische Gewerkschaftsmitglieder sich hierzu misbrauchen lassen und in Werkstubeversammlungen gemeinsam mit den Kommunisten gegen die sozialdemokratische Fraktion Stellung genommen. Man mühte schon von der sozialdemokratischen Arbeiterschaft erwarten können, daß sie so viel Selbstachtung vor sich selbst und Vertrauen zu ihren Führern haben, daß sie zunächst in eigenen Reihen sich darüber aussprechen, wenn sie glauben, Grund zur Kritik zu haben. Von jeher haben sich Sozialdemokratie und ihre Führer in schärfster Weise gegen brutale Unterdrückung der Meinungsfreiheit ausgesprochen. Wenn jetzt trotzdem die bedauerlichen Entgleisungen vorgekommen sind, so mußte sich wohl jeder sagen, daß schon gewichtige Gründe dafür vorhanden gewesen sein müssen. Und man braucht nur einen Blick auf die in den Tageszeitungen veröffentlichten Schimpfepistel der kommunistischen Abgeordneten zu werfen, um zu erkennen, auf welch unflätigst tiefstehendem Niveau sie sich bewegen. Wenn innerhalb weniger Minuten mehr als ein Duzend der gemeinsten Schimpfwörter, wie „Hallunke“, „Berbercher“, „Lump“, „Heuchler“, „schmutziger Lämmer“ usw. aus den kommunistischen Reihen den sozialdemokratischen

Vertretern entgegengeschleudert werden, so kann man sich ein lebhaftes Bild von dem sonstigen Betrogen machen, und man kann es schließlich auch verstehen, daß angesichts solcher Anrempelungen auch dem Geduldigsten mal die Galle ins Blut gegangen ist.

Der Hinweis und Vergleich, daß der jetzige Präsident Leinert vor 12 Jahren selbst an derselben Stelle von dem reaktionären Präsidenten Erffa hinausgewiesen wurde und die Sozialdemokratische Partei damals in schärfster Kritik sich erging, ist durchaus deplaciert. Man verschweigt und verzicht, daß es sich damals um das reaktionärste aller Parlamente gehandelt hat, in dem die Sozialdemokratie fast völlig rechtlos war, und daß wir jetzt dort ein Parlament haben, das auf Grund des allgemeinen, gleichen und geheimen Wahlrechts für Männer und Frauen gewählt ist. Des Wahlrechts, dem schon Because die höchste Bedeutung beigemessen hat, und das der Arbeiterschaft schon heute die unumschränkte Macht in die Hände gibt, wenn sie nur davon Gebrauch machen würde. Man vergesse auch nicht, daß es gerade die Kommunistische Partei und ihre Presse ist, die von jeher für brutale Unterdrückung aller Andersdenkenden eingetreten ist, vor der rohesten Gewaltanwendung nicht zurückschreckt und erst in den letzten Wochen in Berliner sozialdemokratischen Versammlungen Proben hiervon abgelegt hat, wo u. a. auch der sozialdemokratische Reichstagsabgeordnete Rünfler blutig geschlagen wurde; ganz zu Schweigen von dem Terror, der von den Kommunisten in Rußland gegen Andersdenkende verübt wird.

Man brauchte offensichtlich neuen Agitationsstoff, an dem fehle es in letzter Zeit. Da war eben jedes Mittel recht, um das Ziel zu erreichen. Natürlich schreit man bei diesen Protest auch wieder mal die Parole von der notwendigen Einheitsfront hinaus. Niemand wünscht die Einheitsfront der Arbeiterschaft schlechter als wir. Aber wenn man fortgesetzt keinen Leidens- und Klagenoffen im sozialdemokratischen Lager „Berrat“, „Verräter“ u. a. vorwirft, die große Masse so kopfschüttelnd macht, daß immer mehr zu den Indifferenten abzuweichen, dann sind diese Leute die letzten, welche die notwendige Einheitsfront herbeiführen werden. Wie herzlich es ihnen mit der Einheitsfront ist, dafür tötet das Zusammenarbeiten der SPD. mit der KPD. in Sachen ein typisches Beispiel, wo man eine sozialistische Mehrheit hat.

Die Zentrale der SPD. gibt für ihre Funktionäre eine Materialzusammenstellung über die „Bildung der linkssozialdemokratischen Regierung in Sachsen“ heraus, in der der Führer der sächsischen Kommunisten, der Landtagsabgeordnete Paul Böttcher, mit außerordentlicher Offenherzigkeit über die Politik seiner Partei in Sachsen spricht.

Nachdem man dort seine Freude darüber zum Ausdruck gebracht hat, daß „die Opposition eine ganze rechte Führergarnitur abzulegen vermochte“, heißt es weiter: „Die Partei muß der linken Führergarnitur Gelegenheit geben, den Glauben der sozialdemokratischen Arbeiter durch ihre eigenen Handlungen zu erschüttern.“

Also, aus dem kommunistischen Deutsch überseht, soll das heißen, dass man nur mit der linkssozialdemokratischen Regierung zusammenarbeitet, um ihr überall „Berrat“ u. dgl. vorwerfen zu können, bis die sozialistische Majorität auch dort eines Tages mal zum Teufel gegangen ist und die Massen im Lager der Indifferenten oder Jähzornigen landen. So befolgt man dort die Parole von der Einheitsfront. Wir betonen nochmals, daß wir mit jeder Faser unseres Herzens die Einheitsfront des Proletariats wünschen. Die erste Vorbedingung hierzu ist aber der feste Wille der kommunistischen Partei, ein ehrliches Zusammenarbeiten mit der Sozialdemokratie anzustreben und gemeinsam sich gegen die Indifferenten und das Bürgertum zu wenden und das gegenseitige Zerfeilschen einzustellen.

Der Arbeitsmarkt im April

zeigt im ganzen genommen denselben abnorm schlechten Stand wie der Vormonat. Allerdings ist die Zahl der völlig Arbeitslosen von 9508 auf 7827 = 8,4 Proz. gefallen, aber die Zahl der Kurzarbeiter ist von 29700 auf 32739 = 34,9 Proz. gestiegen, so daß die Gesamtzahl der Kurzarbeiter und Arbeitslosen von 39158 oder 40,4 Proz. auf 40566 = 43,3 Proz. gestiegen ist. Besonders fällt dabei ins Gewicht, daß die Zahl der Kurzarbeiter, die halbe Tage und mehr verrichten arbeiten, besonders stark gestiegen ist, und zwar waren dies 21521, also Zweidrittel der gesamten Kurzarbeiter. 3546 arbeitslos waren 1725 = 6,8 Proz. männliche und 6102 = 8,9 Proz. weibliche Mitglieder.

Von Kurzarbeit wurden betroffen 1 bis 8 Stunden: 116 Betriebe mit 1672 männlichen und 2796 weiblichen Beschäftigten; 9 bis 16 Stunden: 245 Betriebe mit 1930 männlichen und 4820 weiblichen Beschäftigten; 17 bis 24 Stunden: 576 Betriebe mit 4535 männlichen und 13 809 weiblichen Beschäftigten; 25 und

mehr Stunden: 128 Betriebe mit 818 männlichen und 2359 weiblichen Beschäftigten. Also insgesamt 1065 Betriebe mit 8955 männlichen und 23 784 weiblichen Beschäftigten, die sich auf 141 Orte verteilen.

In sehr vielen Zahlstellen sind sämtliche oder nahezu sämtliche Mitglieder arbeitslos oder von Kurzarbeit betroffen. So z. B. Bernau, Timenau, Wanfried, Halle. Sogar in der großen Zahlstelle Ufersleben mit seinen 997 Mitgliedern arbeiten alle nur halbe Tage. In Hirschberg sind von 467 weiblichen Mitgliedern 238 völlig arbeitslos, während weitere 76 verrichten arbeiten. Berlin zählt bei 18 058 Mitgliedern 1725 Arbeitslose und nahezu 7000 Kurzarbeiter; Annaberg-Buchholz bei 2000 Mitgliedern 1200 Kurzarbeiter und 47 Arbeitslose; Leipzig 3600 Kurzarbeiter und 677 Arbeitslose usw. Die steigende Zahl der Kurzarbeiter kann als ein ziemlich sicheres Zeichen dafür angesehen werden, daß in der nächsten Zeit ein stärkeres Anwachsen der völlig Arbeitslosen zu erwarten steht. Es erscheint daher beachtenswert, was Berlin u. a. Zahlstellen mit Rücksicht hierauf ihren Mitgliedern empfehlen, daß sie als Kurzarbeiter die ihnen vom Verband zuzuführende Unterstützung nicht in Anspruch nehmen, sondern mit dem Unterstützungszug warten, bis sie völlig arbeitslos sind.

Die Mitgliederzahl ist infolge der schlechten Konjunktursituation um rund 3000, und zwar fast nur weibliche, gegenüber dem Vormonat gesunken und beträgt gegenwärtig 94 643.

Nach den Berichten der Fachverbände an die Reichsarbeitsverwaltung ist die niedergehende Konjunktursituation eine allgemeine. In manchen Organisationsstellen ist die Arbeitslosigkeit eine geradezu katastrophale. So hatte der Baugewerksbund im Februar und März 16,9 bzw. 13,7 Proz. Arbeitslose; der Tabakarbeiterverband sogar in dieser Zeit 27,9 bzw. 37,3 Proz. Arbeitslose, dazu der letztere außerdem noch 40,5 bzw. 40,7 Proz. Kurzarbeiter, so daß also nur ein Drittel der Mitglieder voll beschäftigt war. Der Gesamtdurchschnitt aller Verbände für das Reich ergab für März einen Arbeitslosenstand von 5,2 Proz. bei den männlichen, 7,2 Proz. bei den weiblichen Mitgliedern und insgesamt 5,7 Proz.; für die Kurzarbeiter 19,5 bzw. 35,9 und 24,2 Proz.

Die Gewerkschaften zur Reparations- und Ruhefrage.

Anlässlich des Notenwechsels über Reparationen und Ruhrbesetzung hat der Allgemeine Deutsche Gewerkschaftsbund, der Deutsche Gewerkschaftsbund und der Gewerkschaftsring erneut zu diesem Problem Stellung genommen, weil es sich um Lebensfragen des arbeitenden Volkes handelt, die ohne seine Mitwirkung nicht gelöst werden können, und weil der Notenwechsel schon jetzt Irrtümer aufweist, deren Beseitigung unbedingt notwendig ist, wenn weiteres Unheil von der Arbeiterschaft in allen Ländern ferngehalten werden soll.

Entsprechend ihrer bisherigen Stellung versichern die Spitzenverbände auch weiter ihre Bereitwilligkeit zur Reparation in den Grenzen des Möglichen. Sie sind dabei allerdings durchdrungen von der Ueberzeugung, daß die deutsche Reparationsleistung allein den Wiederaufbau der europäischen Wirtschaft nicht bewirken kann und daß dieser Wiederaufbau nur durch das verständnisvolle Zusammenarbeiten aller beteiligten Völker auf der Grundlage des Friedens und der wirtschaftlichen Lasten möglich ist.

Unvereinbar mit diesen Grundsätzen halten sie den Einbruch der Franzosen und Belgier in das Ruhrgebiet, für den der Friedensvertrag von Versailles keine Unterlagen bietet und der wirtschaftliche Voraussetzungen durch militärische Gewalt zerstören will. Hiergegen richtet sich der Widerstand.

Die deutschen Arbeitnehmer werden in ihrem Widerstand nicht einen Tag länger verharren, als am Rhein und Ruhr der rechtswidrige Zustand andauert. Sie führen dabei einen schweren Kampf, aber trotz Not und Entbehrung fühlen sie sich stark in dem Bewußtsein, ihr gutes Recht, die Freiheit ihres Arbeitsplatzes, zu verteidigen. Sie kämpfen zugleich in der Ueberzeugung, nicht nur für ihre eigene Freiheit, sondern auch für die Freiheit der Arbeitnehmerschaft aller Länder einzustehen.

Inzwischen ist nach der schroff ablehnenden französisch-belgischen Note auf das deutsche Angebot auch von der englischen Regierung eine Antwort eingegangen, in der zum Ausdruck gebracht wird, daß die deutsche Note eine große Enttäuschung gewesen sei und keinen günstigen Eindruck gemacht habe. Die Vorschläge entsprächen weder der Form noch dem Inhalt nach dem, was man vernünftigerweise hätte erwarten dürfen. Eine ähnliche scharfe Abfolge ist auch von Italien erfolgt. Und wie die ganze Stimmung gegen Deutschland in Amerika ist, läßt sich daraus ersehen, daß auf die Rundfrage einer deutschen Tageszeitung an die herzerregendsten Blätter Amerikas, ob sie die französische Ruhraktion billigen, 229 mit ja und 65

mit nein antworteten. Das sollte aber auch uns zu denken geben.

Nach der bösen Abfuhr, welche die deutsche Regierung erlitten hat, wird vermutet, daß sie sich nicht mehr lange halten könne und eine Kabinettskrisis in nicht zu großer Ferne stehe.

Gelogen wie gebruht

muß man sagen, wenn man folgendes liest: Wolffs Telegraphen-Bureau verbreitete im Anschluß an die Beerdigung der aus Anlaß des Essener Dramas getöteten Arbeiter nachstehende Meldung:

„Die Zinkhütte in Berge-Borbeck hatte entsprechend einer Vereinbarung zwischen den Gewerkschaften und der Arbeitgeber-Vereinigung für Essen und Umgegend am 10. 4. ihren Betriebsrat zur Teilnahme an der Beerdigung der Opfer von Essen beurlaubt. Trotzdem haben von 599 Arbeitern 115, dem kommunistischen (? D. Red.) Aufruf folgend, die Arbeit an diesem Tage niedergelegt (?), ohne die Werkleitung zuvor zu verständigen. Durch dieses unvorhergesehene Fernbleiben ist ein Denen zum Erlöschen gekommen und ein Schaden von 80 Millionen Mark entstanden. Infolge der starken Beschädigung ist die Arbeitslosigkeit auf der Hütte stark verringert worden. Ob ein Teil der aus diesem Anlaß Entlassenen wieder eingestellt werden kann, ist noch fraglich. Es schweben darüber noch Verhandlungen zwischen der Werkleitung und dem Betriebsrat.“

Das soll auf „Arbeiterdeutsch“ wohl heißen, daß die Periode der Aussperrungen von Ruhrkämpfern eröffnet wurde. Die Unternehmer ließen sonst bei Besetzung der Betriebe unzählige Hochöfen ausgehen, und der Propagandadienst posante es als „Selbsttat“ gegen den Erbeind aus. Legen aber Arbeiter die Arbeit nieder, um an der Trauerfeier der Essener Opfer teilzunehmen oder gegen die Schandtat des Einbruchsmilitarismus zu protestieren, ohne daß die Unternehmer ihren Segen dazu geben, so werden sie aufs Pflaster der Arbeitslosigkeit geworfen.

Die in obiger Wolkmeldung geschilderten Tatsachen werden nun aber in einer Anzahl Zeitungen in folgender Form bekanntgegeben:

„Auf der Zinkhütte, einem rein belgischen (!) Unternehmen, sind 59 Arbeiter, die an der Beerdigung der Opfer in den Kruppwerken teilgenommen hatten, entlassen worden.“

Man sieht, wie die Unternehmerpresse es liebt, die Rücksichtslosigkeiten und „Doldhische“ der eigenen Unternehmer auf den „Feind“ abzuwälzen! — In diesem Falle konnte man den Schwindel nachweisen, wieviel andere Latarennachrichten mögen aber in die Welt hinausgehen und geglaubt werden, wo das nicht möglich ist?

Die deutsche Handelsbilanz 1922.

Das Wertdefizit des Außenhandels beträgt 1922 nach der Berechnung des reichsstatistischen Amtes 2,2 Goldmilliarden, also über das Dreifache der Friedenspassivität. Natürlich darf von dieser Zahl nur mit der allergrößten Vorsicht Gebrauch gemacht werden, angesichts der unklaren Grundlagen, der Goldmarkumrechnung und der Unkontrollierbarkeit der Wertangaben für die Ein- und Ausfuhr. Stichhaltiger dürfte schon die Mengenangabe der amtlichen Außenhandelsbilanz sein. Während 1913 die Ausfuhr von Lebensmitteln, industriellen Rohstoffen, Halb- und Fertigfabrikaten die Einfuhr um 8,8 Millionen Doppelzentner überstieg, wurden 1922 243 Millionen Doppelzentner mehr eingeführt als ausgeführt. Am typischsten spiegeln die Zahlen der industriellen Ein- und Ausfuhr unsere Wirtschaftslage wider. Rohstoffe und Halbfabrikate wurden 1913 eingeführt 597, ausgeführt 590 Millionen Doppelzentner, also Ein- und Ausfuhr hielten sich ungefähr die Waage. 1922 war die Einfuhr auf 388,7 gesunken, die Ausfuhr sank aber noch viel stärker auf 143,7 Millionen Doppelzentner. Industrielle Fertigfabrikate wurden eingeführt 1913 12,5, ausgeführt 93 Millionen Doppelzentner, d. h. die Ausfuhr betrug das 7½fache der Einfuhr. 1922 betrug die Einfuhr an Fertigfabrikaten 18,9, die Ausfuhr nur 58,4 Millionen Doppelzentner, das ist also nur etwa das 3fache der Einfuhr. In diesen letzteren Zahlen spiegelt sich die ganze kritische Situation der Dinge, die Auswirkung des Friedensvertrages und der verhängnisvollen Valutaentwicklung wider. Schließlich seien noch als besonders bemerkenswert die Außenhandelszahlen der Eisenindustrie angeführt. 1913 betrug ihre Einfuhr 146,6, die Ausfuhr 0,7 Millionen Doppelzentner. 1922 betrug die Einfuhr 135 Millionen Doppelzentner, d. h. also, wesentlich ebensoviel wie 1913. Die Ausfuhr dagegen betrug nur 28,6 Millionen, das ist weniger, als der dritte Teil der Vorkriegsausfuhr.

Schiedspruch für das Buchdruckgewerbe.

Nach ergebnislosen Verhandlungen der Tarifkommission für das Buchdruckgewerbe hat der Zentralschiedsgerichtsausschuss am 28. April einen Schiedspruch gefällt, wonach die bisher gültigen Löhne um 15 Proz. erhöht werden. Das besetzte Gebiet des Reiches II erhält eine Sonderzahlung von 12 Proz. Diesen Schiedspruch lehnten die Unternehmer jedoch ab, während er von den Gehilfen und Hilfsarbeitern angenommen wurde. Hierauf wurde die Verbindlichkeitsklärung beim Reichsarbeitsministerium beantragt, das erst am 8. Mai diesem Antrag stattgab.

Die Verbindlichkeitsklärung ist nach dem „Korrespondenten“ in der Hauptsache dadurch vergrößert worden, daß einzelne Führer des Deutschen Buchdruckervereins das Reichsarbeitsministerium durch allerlei Hinterläge, so z. B. durch Falschmeldungen über angeblich tarifwidrige Vorgänge im besetzten Gebiet zu täuschen versuchten. Die „Zeitschrift für Deutschlands Buchdrucker“ wendet sich scharf gegen den Schiedspruch und sagt dazu: „Die ungeheure traurige Lage im Buchdruckgewerbe erfährt durch die Schuld der Arbeitnehmer eine weitere Verschlechterung, denn diesen Prinzipalen wird es unmöglich sein, die Gelder auszubringen, um diese neue Lohnbestimmung durchzusetzen zu können.“ Abgesehen davon, daß man in den letzten Jahren bei allen Lohnverhandlungen — und nicht bloß bei den Buchdruckerbesitzern — solche Klagen hören konnte, mußt das Verlangen doch eigentümlich an, daß die Arbeiter immer wieder mit ihren berechtigten Forderungen zurückstehen sollen, während man gegen die täglich zu verzeichnenden wilden Preissteigerungen des Lebensunterhalts und der Materialpreise kaum ein Wort der Kritik findet, ganz und gar aber nichts dagegen unternimmt. Im Ernst glauben doch die Prinzipale selbst nicht an das Märchen, daß die Arbeiterlöhne an der gegenwärtig schlechten Geschäftslage die Schuld tragen.

Nach dem Schiedspruch beträgt nunmehr der Spitzenlohn für verheiratete Gehilfen in Orten mit einem Zuschlag von 25 Proz. 81,037 Mark pro Woche, während verheiratete männlichen Hilfsarbeitern in der gleichen Klasse 75,035 Mark und Angehörigen über 21 Jahre 61,129 Mk. zu zahlen sind.

Berichte.

Bielefeld. In der Generalversammlung vom 11. Mai erstattete der Vorsitzende zunächst den Geschäftsbericht vom verfloffenen Quartal. Aus demselben geht hervor, wie ungeheuer schwer die Buchbinderei- und Kartonnagenarbeiterschaft unter der Krise zu leiden hat. Nahezu alle Mitglieder leiden unter der Krise, arbeitslos oder verführt Arbeiten ist an der Tagesordnung. Dazu teilweise ein Unternehmertum, welches glaubt, ihre Zeit sei gekommen, um die Macht brutal auszuüben. Aber auch unsere Zeit wird noch einmal kommen. In der Papierverarbeitung sieht es nicht besser aus. Der größte Betrieb dieser Branche liegt nun schon wochenlang still, ein anderer Arbeitgeber kündigt sein Personal, um dasselbe nach 14 Tagen teilweise mit Verschlechterungen im Tarifverhältnis wieder einzustellen. Dielem Herrn ist jedoch gesagt worden, daß so ohne weiteres die Arbeiterschaft nicht mit sich umspringen läßt. Daß bei all diesem Elend die Autlosigkeit um sich greift, ist wohl erklärlich. So traurige Zustände sind hier in Bielefeld noch nie zu verzeichnen gewesen. Einen immerhin erfreulichen Ausblick bietet die Jugendbewegung. An der älteren Kollegenchaft liegt es vor allem, der Jugend mit Idealismus voranzugehen. In der Jugend herrscht ein guter Geist. Ein besonderes Kapitel ist die ungeheure Interesslosigkeit der Arbeiterinnen. Diese sind überhaupt nicht aus ihrem Schlaf zu wecken. Nach dem Kassensbericht hatte die Hauptkasse eine Einnahme von 2.959,625 Mk. und eine Ausgabe von 1.874,082,00 Mk. Der Kassenbestand der Lokalkasse hat sich im Quartal um 336.718,00 Mk. gehoben, so daß ein Bestand von 401.515,08 Mk. zu verzeichnen war. Infolge des schlechten Geschäftsganges ist die Mittelbeziehung um 78 zurückgegangen. Erklärtermaßen führte Kollege Berg an, daß in der jetzigen Zeit jeder die Pflicht hat, seine Beiträge pünktlich zu entrichten und die Kassierer die Gelder in den kürzesten Abständen abzuliefern hätten. Denn nur so könnten wir den von der Krise Betroffenen helfen und die Organisation über diese Zeit hinwegheulen. Auf Antrag der Revisoren wurde dem Kassierer Entlastung erteilt. Beim 3. Punkt der Tagesordnung gibt Kollege Berg die neuen Löhne in der Buchbinderei und Kartonnagen bekannt. Er behauptet, daß Bielefeld im Reichsgebiet der Kartonnagen auch diesmal nicht in die zweite Lohnklasse gekommen ist, sondern nur eine Sternzulage zur 3. Lohnklasse bekommen habe. Der liebhafteste Unwille kam in der Diskussion über die unzureichenden Löhne scharf zum Ausdruck. Die Buchbinder- und Kartonnagenarbeiter sind in der graphischen Industrie mal wieder an letzter Stelle, nahezu 6000 Mk. pro Woche hinken wir hinter den Buchdruckern her. Soll so weiter gearbeitet werden, dann werden wohl noch manche Kollegen ihren Beruf aufgeben,

um in besser gestellte Industrien unterzukommen. Zweifellos wird der Tarifausdruck sein Bestes getan haben, aber hier in der Entlohnung muß doch bald eine andere Wendung kommen, sollen wir nicht ganz unter die Räder kommen.

Die Koalitionsfreiheit

oder das Recht, in Vereinen und Verbänden sich zusammenzuschließen, ist in Deutschland nicht bloß durch durch Reichsgesetz, sondern auch durch § 159 der Reichsverfassung in vollstem Maße gewährleistet — zum größten Leidwesen aller Arbeiterfeinde. So ist es den am alten Jopf hängenden Handwerksmeistern schon lange ein Dorn im Auge, daß dadurch auch die Lehrlinge das Recht haben, sich den gewerkschaftlichen Organisationen anzuschließen. An Versuchen, den Lehrlingen dieses Recht zu nehmen oder doch wenigstens zu beschneiden, hat es von dieser Seite nicht gefehlt, wozon der § 8 des Verhoertragsmusters noch ein treffendes Beispiel gibt. Nach der gründlichen Abfuhr durch den preussischen Handelsminister, der in einem Erlass mit aller Deutlichkeit zum Ausdruck brachte, daß auch im Lehrvertrag dieses Recht den Lehrlingen nicht beschneidet werden darf, weil es gegen die Reichsverfassung verstöße, versucht die Berliner Handwerkskammer jetzt einen neuen Vorstoß. Den ersten Anlaß hierzu bietet ihr der Erlass des Kultusministers, durch welchen den Schülern höherer Lehranstalten nicht gestattet wird, einem Verein beizutreten. Die Vollversammlung der Handwerkskammer zu Berlin hat daher jetzt beschloffen, ein „Rechtsgutachten eines hervorragenden Staatsrechtslehrers“ darüber einzuholen, um dann ihre Miniarbeit fortsetzen zu können.

Armer Deutscher.

Unter dieser Überschrift gibt die völksparteiliche „Zeit“ eine Zusammenstellung wieder, die der „Westminster Gazette“ entnommen ist und die eine Gegenüberstellung enthält über die Zeit, die ein Engländer und ein Deutscher aufwenden müssen, um gewisse Lebensnotwendigkeiten zu erarbeiten. Diese Gegenüberstellung enthält folgende Zahlen:

	Deutscher Angest.	Engl. Angestellter
1 Pfund Margarine	5 Stunden	20 Minuten
1 Ei	30 Minuten	10 Minuten
1 Pfund Feinzucker	1 Stunde	20 Minuten
1 Pfd. rationiertes Brot	4,20 Stunden	15 Minuten
1 Pfund Rindfleisch	1,20 Stunden	1,15 Stunden
1 Angus	7 Wochen	1 1/2 Woche
1 Paar Schufe	5 Tage	2 Tage
1 Stück Seife	45 Minuten	12 Minuten

Die „Zeit“ bemerkt dazu, daß die Preise, die dieser Gegenüberstellung zugrunde liegen, durch die Teuerung des letzten Vierteljahres bereits weit überholt sind.

Und doch sind es gerade die der Deutschen Volkspartei sehr nahestehenden Kreise, die fortgesetzt über die hohen Arbeiter- und Angestelltenlöhne schreiben, sich sogar gar nicht genieren, die „hohen Löhne“ der deutschen Arbeiterschaft als den Ruin des Gewerbes zu bezeichnen.

Industriefakten.

Wieder war man bestiglich auf das statistische Zahlenmaterial angewiesen, wenn man sich über die Verbreitung der Arbeiter der einzelnen Industriegruppen über das ganze Reich oder an einzelnen Orten orientieren wollte. Die Reichsarbeitsverwaltung hat nunmehr mit einer grundlegenden Änderung herein begonnen, die zweifellos nicht zuletzt auch von der Arbeiterschaft freudig begrüßt werden wird. Und zwar ist beabsichtigt, von besonders wichtigen Industriegruppen Arbeiterverteilungsarten herauszugeben, welche eine übersichtliche Darstellung geben, wo und wieviel der in den einzelnen Industrien Tätigen im ganzen Reich beschäftigt sind. Insgesamt sind einschließlich 25 solcher Karten vorgelesen, von denen u. a. die 17. Karte eine Übersicht bringen soll 1. über die Verfertigung von Papier und Papp ein schließlich Herstellung der Halbfabrikate; 2. Verarbeitung von Papier und Papp. Die 18. Karte soll enthalten: 1. Schriftgießereien und -schneiderien; 2. Buch- und Zeitungsbuchdruckerien; 3. Steinbinderien, graphische Kunsthandlungen usw.; 4. Verleihergattungsgerätschaften (außer 1 bis 13). Dem jetzt erschienenen Heft 9 des „Reichsarbeitsblattes“ ist als erste Arbeiterverteilungs- bzw. Industriefakten eine solche mit der Gesamtübersicht der in der deutschen Industrie Ende 1921 beschäftigten Arbeiter beigegeben, soweit sie der Gewerbeaufsicht unterliegen. Es ist bedauerlich, daß diese Karten nicht auch die in handwerksmäßigen Betrieben Beschäftigten umfassen und wegen besonderer Schwierigkeiten und Kosten nicht umfassen können. Durch die immer stärker zunehmende Verwendung motorischer Kraft und damit gleichzeitiger Unterstellung dieser Betriebe unter die Gewerbeaufsicht wird übrigens schon ein erheblicher Teil auch der Kleinbetriebe mit erfasst. Die im Dreifarben- und Vierfarben druck gestaffelten Karten unterschieden Zeichen für 1 bis 499, 500 und 5000 Beschäftigte und sind so übersichtlich gehalten, daß man mit einem Blick übersehen kann, wo die Industrienzentren sich befinden.

Unterstützung der Volksbüchereien.

Sie haben bereits wiederholt auf die große Notlage hingewiesen, in die die Bibliotheken durch die fortschreitende Geldentwertung geraten sind. Obwohl die gewerkschaftlichen wie politischen Arbeiterbibliotheken, wie auch die Volksbüchereien haben ganz besonders schwer darunter zu leiden. Den Volksbüchereien sind nunmehr vom preussischen Staate 200 Millionen Mark letztweise zur Verfügung gestellt, um ein Bücherlager aufzubauen, aus dem die Büchereien, so weit die Befände reichen, ihre Einkäufe besorgen können. Die Aktion soll mit Hilfe der Beratungskassen für das völksparteiliche Buchereiwesen in den preussischen Provinzen durchgeführt werden.

Man hätte allerdings dabei erwarten und wünschen dürfen, daß auch die Vertreter der Arbeiterorganisationen über ihre Wünsche zur Ergänzung der Volksbüchereien gehört worden wären; denn letzten Endes sind es doch meistens Arbeiter, welche die Büchereien benutzen.

Zur Kurzarbeiter-Unterstützung.

In der Nr. 19 hatten wir die neuen Löhne und Bestimmungen über Gewerkschaften- und Kurzarbeiterunterstützung gebracht und dabei u. a. auch erwähnt, daß den Kurzarbeitern gegenüber eine Anrechnung der Verdienste der Angehörigen und des Vermögens nicht zulässig sei und nur der eigene Verdienst angerechnet werde. Da dieser einer Korrespondenz entnommene Satz zu solchen Deutungen führen kann, sei erläuternd bemerkt, daß der Verdienst der Angehörigen nur nicht angerechnet werden darf, soweit es sich um die dem Gemann zuzurechnende Unterstützung handelt. Dagegen werden für die Zuschläge für Frau oder Kinder deren evtl. Verdienst zu 50 Proz. angerechnet.

Papierausstellung in Nürnberg.

Der Nürnberger Buchgewerbeaal veranstaltet vom 13. Mai ab eine Papierausstellung. In dieser Ausstellung wird vor allen Dingen der Bergedang des Papiers durch Rohstoffe, Halbstoffe, Ganzstoffe und durch Abbildungen der zur Verarbeitung derselben benötigten Maschinen gezeigt. Eine zweite Abteilung bringt die verschiedensten Papiere und Kartons, geordnet nach Stoffzusammensetzung, Färbung und Verwendungszweck. Die Papierprüfung wird durch Apparate, mikroskopische Vergrößerungen u. a. dargestellt. In einer weiteren Gruppe kommt die Normung der Papierformate durch Zeichnungen, Erklärungen, Tabellen sowie die Auswirkung der Normung in der Praxis durch Druckarbeiten zur Veranschaulichung. Die Ausstellung dürfte sowohl für den Fachmann als auch für den Laien sehr interessant und lehrreich werden, nachdem neben vielen schriftlichen Erklärungen, Statistiken u. a. auch Führungen von der Leitung des Buchgewerbesaales veranstaltet werden. Eine Ergänzung der Ausstellung wird ein Schilbervortrag „Wie das Papier entsteht“ bilden, der während der Ausstellungsbauer stattfindet.

Trockene Zahlen zum Nachdenken.

Am Verhältnis zu den Preisen der Vorkriegszeit waren gestiegen nach den Feststellungen des statistischen Reichsamts:

	um das
Großhandelspreise am 5. Mai	6188%
Lebensmittel am 5. Mai	4802
Industriefabrikate am 5. Mai	8779
Inlandswaren am 5. Mai	5364
Einfuhrwaren am 5. Mai	10309
Dollarstand am 5. Mai	8140
Großhandelsziffer der „Industrie- und Handelszeitung“ am 27. April	7119
Großhandelsziffer des „Berliner Tageblatt“ am 1. Mai	7790
Api-Behilfenlöhne ab 3. Mai	2548
Api-Arbeiterinnenlöhne ab 3. Mai	2525
Wald-Facharbeiterlöhne ab 27. April	2374
Wald-Arbeiterinnenlöhne ab 27. April	2530
Verbandsbeiträge	2000

Abrechnungen

Vom 1. Quartal gingen weiter bis zum 14. Mai bei der Verbandskasse ein von:

Stettin 925 000 Mk., San Schießen 502 250 Mk., Mühlhausen 111 000 Mk., Duisburg-Hamborn 240 000 Mk., Essen 626 345 Mk., Reichelshausen 39 786 Mk., Solingen-Wald 41 700 Mk., Wesel 40 000 Mk., Frankfurt a. M. Offenbach 1 007 636,00 Mk., Heidelberg 136 942,50 Mk., Wuppertal 115 000 Mk., Neustadt-Gaard 35 000 Mk., Erfurt 449 335 Mk., Saalfeld a. b. Saale 55 935,98 Mk., Wee i. Erzgeb. 80 000 Mk., Dresden 8 500 000 Mk., Witten i. B. 700 000 Mk., Zeitz 50 000 Mk., Freiburg i. Br. 190 000 Mk., Karlsruhe 840 000 Mk., Stralsund-Teich 420 000 Mk., Pforzheim 2 150 000 Mk., Reutlingen 280 000 Mk., Ulm 429 000 Mk., Regensburg 179 578 Mk., München 4 000 000 Mk.

J. S. & G. Beller.